

Beschlussreihe der Jusos Hessen

Juso-Landeskonferenz 2011



Wir wollen den sozialen Aufstieg durch Bildung!

Seit Jahren ist bekannt: Das Bildungssystem in Deutschland und Hessen ist leistungsschwach und ungerecht. Das hessische Bildungswesen ist in seiner heutigen Verfassung nicht zukunftsfähig.

Wir benötigen umfassende Reformen im Bildungssystem, damit

- * alle Kinder und Jugendlichen gefördert werden und kein Kind zurückgelassen wird
- * der Bildungserfolg nicht mehr von der sozialen Herkunft abhängt
- * mehr junge Menschen einen höheren Bildungsabschluss erreichen
- * Ausbildungsberufe ein ökonomisch unabhängiges und selbstbestimmtes Leben ermöglichen
- * in bildungsökonomischer Sicht mehr Fachkräfte herangebildet werden
- * durch konsequente Inklusion auch Kinder mit Behinderung in die Regelschule integriert werden.

Deshalb fordern wir auf allen Ebenen des Bildungssystems umfassende Reformschritte. Es ist an der SPD das Versprechen des sozialen Aufstiegs durch Bildung wieder mit Leben zu füllen, indem wir klare Konzepte zur Verwirklichung von Chancengleichheit erarbeiten und dann auch den Mut haben, diese durchzusetzen – von der Krippe bis zum lebenslangen Lernen.

Wir wollen eine echte Schulreform in Hessen!

Deshalb fordern wir einen „5-Punkte-Plan“ für eine echte Schulreform für Chancengleichheit und die bessere Förderung aller Schülerinnen und Schüler in Hessen.

1. Unser Ziel ist die Universalschule, in der alle Schülerinnen und Schüler gemeinsamen bis zum zehnten Schuljahr lernen und individuell gefördert werden. Auch ein zweigliedriges Schulsystem mit einer „neuen Restschule mit neuem Namen“ lehnen wir ab.

Die Eckpunkte der Universalschule sind:

- **Alle Kinder lernen gemeinsam bis zum zehnten Schuljahr.**
- **Die Schulen sind ganztägig organisiert, wobei Vereine auf freiwilliger Basis in das Angebot integriert werden.**
- **Jedes Kind wird individuell entsprechend seiner Leistungsstärke gefördert. Damit wird die Gleichmacherei im Frontalunterricht überwunden.**
- **Das Sitzenbleiben wird abgeschafft und durch verpflichtende Förderungskurse ersetzt, die individuelle Schwächen fächerspezifisch ausgleichen.**
- **Sonderschulen/ Förderschulen werden durch die besondere Förderung und Betreuung von Kindern mit geistiger oder körperlicher Behinderung ersetzt.**

Die internationalen Vergleichsstudien PISA, TIMSS und IGLU haben wissenschaftlich erwiesen: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit sind für das Schulsystem kein Widerspruch! In skandinavischen Ländern wie Schweden und Finnland lernen die Schülerinnen und Schüler gemeinsam bis zum neunten/ zehnten Schuljahr in Ganztagschulen, in denen das Sitzenbleiben abgeschafft wurde – und erzielen in der Breite und der Spitze bessere Leistungen als Schülerinnen und Schüler aus allen deutschen Bundesländern, egal ob aus Bremen, Hessen oder Bayern. Zudem hängt in Ländern mit integrierten Schulsystemen der Bildungserfolg viel weniger von der sozialen Herkunft ab.

Selbst die Bundes-CDU verabschiedet sich schon in Raten von dem mehrgliedrigem Schulwesen. Die Hauptschule bietet jungen Menschen keine Zukunftschancen und führt heute nicht mehr zu einem Ausbildungsplatz. Um in ländlichen Bereichen überhaupt noch ein wohnortnahes Schulangebot gewährleisten zu können, ist die Zusammenlegung von Schulformen notwendig. Das werden auch die ideologischen Schulkämpfer der CDU und FDP in Hessen früher oder später akzeptieren müssen.

Wir wollen eine echte Schulreform! Auch ein zweigliedriges Schulsystem mit einer „neuen Restschule mit neuem Namen“, sei es eine ‚Mittelstufenschule‘ oder eine ‚erweiterte Realschule‘, lehnen wir ab. Notwendig ist, dass alle Kinder und Jugendlichen in Hessen gefördert werden. Deshalb wollen wir eine Schule für alle – die Universalschule!

2. Bis zum Jahr 2020 streben wir die Überwindung des gegliederten Schulsystems in Hessen an. Wir betonen dabei ausdrücklich, dass dazu auch auf Landesgesetze zurückgegriffen werden muss. In einem ersten Schritt schaffen wir in der ersten Legislaturperiode nach der Regierungsübernahme in Hessen das Sitzenbleiben und die Querversetzung nach unten ab.

Unbestritten ist, dass eine grundlegende Veränderung des Bildungswesens nur mit den Betroffenen, also mit den Schulgemeinden vor Ort zu verwirklichen ist. Die Betroffenen vor Ort haben aber zu Recht den Anspruch, dass der Landesgesetzgeber von seiner demokratischen Legitimation zur Gesetzgebung Gebrauch macht und die Augen nicht vor den Problemen vor Ort verschließt. Deshalb bekennen wir uns dazu auch mit landespolitischen Mitteln die Schulreform vor Ort zu ermöglichen. Richtige erste Umsetzungsschritte sind die Abschaffung des Sitzenbleibens und der Querversetzung an allen Schulen. Damit können Schulkinder nicht mehr als Probleme abgeschoben werden. Jedes Kind muss dann individuell gefördert werden. Nur so kommt das Kind in den Mittelpunkt.

3. Wir streben die inklusive Schule an. Schon in der ersten Regierungsperiode in Hessen werden wir die gesonderte Beschulung an „Förderschulen“ (Sonderschulen) auf ein Mindestmaß reduzieren. Bis zum Jahr 2020 wollen wir alle Kinder in der Regelschule unterrichten.

Die UN-Konvention für die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung schreibt die gleiche Förderung von Kindern und Jugendlichen an Regelschulen vor. Diese geltende Rechtslage wird von der hessischen Landesregierung bis heute ignoriert. Mit der Schulgesetznovelle des Stillstandes aus dem Jahr 2011 hat sich in Sachen Inklusion in Hessen nichts getan. Weil die Inklusion in Hessen unter einem „Ressourcenvorbehalt“ steht, werden keine wirksamen Maßnahmen ergriffen.

4. Die Schulzeitverkürzung „G8“ werden wir zurücknehmen. Innerhalb der ersten 100 Tage nach der Regierungsübernahme werden wir ein Gesetz zur Abschaffung der Schulzeitverkürzung in der Mittelstufe verabschieden.

Die Schulzeitverkürzung des gymnasialen Bildungsganges an hessischen Mittelstufen ist katastrophal gescheitert. Schüler/innen, Eltern und Lehrkräfte lehnen ‚G8‘ ab. Durch die Schulzeitverkürzung in der Mittelstufe werden Jugendliche, die sich zudem gerade in der Pubertät befinden, einem unnötigen Lernstress und Prüfungsdruck ausgesetzt. Das kurzfristige „Bulimie-Lernen“ tritt an die Stelle des nachhaltigen Erwerbs von Kompetenzen und Kenntnissen. Zudem erzeugt die Schulzeitverkürzung in der Mittelstufe eine zusätzliche

Selektionshürde: Ein Wechsel vom Real- oder Hauptschulzweig auf den gymnasialen Bildungsweg ist praktisch unmöglich, da absolut unterschiedliche Lerninhalte in einem anderen Tempo vermittelt werden. Die schon vorher bis auf Einzelfälle nur noch theoretisch vorhandene ‚Durchlässigkeit nach oben‘ wurde damit gänzlich abgeschafft.

5. Wir wollen eine flexible Oberstufe mit einem Kurs-System, das in zwei bis vier Jahren durchlaufen werden kann.

Wir halten an dem schon im „Haus der Bildung“ der SPD beschlossenen Konzept einer flexiblen Oberstufe fest. Eine Schulzeitverkürzung macht dann Sinn, wenn sie pädagogisch sinnvoll ist und sich nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler richtet. Anders als in der Mittelstufe kann eine flexible Schulzeitverkürzung in der Oberstufe den individuellen Lernbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entsprechen. Zudem werden durch diese bedarfsorientierte Schulzeitverkürzung keine neuen Selektionshürden geschaffen.

Wir wollen gute Ausbildung in Hessen!

Deshalb fordern wir folgende Maßnahmen für gute Ausbildung in Hessen:

1. Wir werden die von CDU und FDP abgeschaffte Verbundausbildung in Hessen wieder einführen. Die Landesmittel werden wieder in der ursprünglichen Höhe eingestellt.

Die Landesförderung der Verbundausbildung war ein bei Gewerkschaften, Arbeitgebern und Betrieben seit 1996 anerkanntes Erfolgsmodell, mit dem gerade in kleinen und mittleren Unternehmen dringend notwendige Ausbildungsplätze geschaffen wurden. Es ist ein Skandal, dass die schwarz-gelbe Landesregierung zwar bei den Mitteln für die Ausbildungsförderung kürzt, aber vermeintliche Eliteeinrichtungen wie die European-Business-School massiv mit Landesmitteln fördert.

2. Wir werden die Kürzungen von CDU und FDP bei der regionalen Ausbildungsförderung von 17,3 Mio. € auf 10 Mio. € innerhalb der ersten 100 Tage nach der Regierungsübernahme zurücknehmen. Wir wollen die Mittel zur regionalen Ausbildungsförderung benachteiligter Jugendlicher aufstocken.

Die regionale Ausbildungsförderung zielt vor allem auf die Unterstützung benachteiligter Jugendlicher ab. Ein Berufsabschluss mit einer Ausbildung ist für die Zielgruppe benachteiligter Jugendlicher wesentliche Voraussetzung, um später ein selbstbestimmtes und ökonomisch unabhängiges Leben zu führen. Indem die schwarz-gelbe Landesregierung hier Zukunftschancen kaputt spart, produziert sie ALG-2-Empfänger von morgen und verursacht damit weit höhere Kosten für den Sozialstaat. Sinnvoller für die Betroffenen und mittelfristig auch ökonomisch vernünftiger ist es, vorsorgend in Zukunftschancen und damit in die jungen Menschen in Hessen zu investieren.

3. Wir werden uns nach der Regierungsübernahme in Hessen im Bundesrat für eine Umlagefinanzierung in der Ausbildung einsetzen. Zur Überwindung der Ausbildungskrise schlagen wir ein Zertifikate-System vor.

Eckpunkte des Zertifikate-Handels sind:

- **Durch die neue Umlagefinanzierung mit Zertifikaten wird gleichzeitig allen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz geboten und zudem werden Verwaltungskosten vermieden.**

- **Im Rahmen des unbürokratischen Modells der Ausbildungs-Zertifikate legt der Staat eine gesellschaftlich notwendige Zahl an Ausbildungsplätzen fest, so dass den juristischen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu Auswahlmöglichkeiten für Berufsanfänger entsprochen wird. Demnach wird eine Gesamtanzahl an Ausbildungszertifikaten in Umlauf gebracht.**
- **Je nach Unternehmensgröße müssen Unternehmen dann eine bestimmte Anzahl an Ausbildungsplätzen anbieten, für die sie ein Zertifikat erhalten. Unternehmen, die ausbilden erhalten dafür ein Zertifikat und können dieses an andere Unternehmen weiterverkaufen. Unternehmen, die nicht ausbilden dagegen müssen Zertifikate erwerben und halten.**

Deutschland befindet sich in einer dramatischen Ausbildungskrise: 1,5 Mio. junge Menschen zwischen 20- 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und nur 24% der Unternehmen bilden aus. Freiwillige Selbstverpflichtungen wie durch den „Ausbildungspakt“ sind gescheitert. Auch durch das Warteschleifen-System der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden junge Menschen nicht passgenau gefördert.

Bei den heutigen Ausbildungsverhältnissen würde die Ausbildungsplatzumlage mit Zertifikaten eine Lastenverteilung zu Gunsten von kleinen und mittelständischen Unternehmen bedeuten, da Großunternehmen heute oftmals erst fertig ausgebildete Fachkräfte von mittelständischen Unternehmen abwerben. Durch die „Markt-Lösung“ des Zertifikate-Handels werden zudem bürokratischen Mehrkosten vermieden.

4. Wir werden die Berufsschulpflicht wieder auf das 18. Lebensjahr anheben. Dazu werden wir § 62 Nr. 3 des Hessischen Schulgesetzes wieder in die Fassung des Jahres 2004 ändern:

„§ 62

(3) Jugendliche, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen, sind für die Dauer von drei Jahren, längstens bis zum Ende des Schulhalbjahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, berufsschulpflichtig.

Auf Antrag können sie von der Schulleiterin oder dem Schulleiter aus wichtigem Grund, insbesondere zur Aufnahme einer Berufstätigkeit, von der Pflicht zum Besuch der Berufsschule befreit werden. Sie sind nach Vollendung des 18. Lebensjahres zum weiteren Besuch der Berufsschule berechtigt.“

Durch die Aufhebung der Berufsschulpflicht hat sich der Übergang von Schule in Beruf dramatisch verschlechtert. Schulabbrecher und junge Menschen ohne Berufsausbildungsverhältnis erhalten keinerlei regelmäßige pädagogische Begleitung bei ihrem Weg in das Berufsleben.

5. Um die zusätzliche Welle an Bewerberinnen und Bewerbern für Ausbildungsplätze in Hessen durch die „G8-Jahrgänge“ in den Jahren 2012 bis 2014 zu bewältigen, werden wir die Ausbildungsquote in Landeseinrichtungen erhöhen und mit finanziellen Anreizen darauf hinwirken, dass auch in kommunalen Einrichtungen die Ausbildungsquote entsprechend den Schulabgänger/innen erhöht wird.

In den Jahren 2012 bis 2014 werden wegen den Auswirkungen der Schulzeitverkürzung „G8“ gleichzeitig mehrere Abiturjahrgänge auf den Ausbildungsmarkt strömen. Selbst bei dem notwendigen Ausbau der Hochschulkapazitäten ist damit zu rechnen, dass auch auf den Ausbildungsmarkt zusätzlich zu den sonstigen und Altbewerbern neue Bewerber drängen. Es ist deshalb notwendig, dass auch die öffentliche Hand ihrer Verantwortung zu zusätzlichen Ausbildungsangeboten gerecht wird und die vorhandenen Ausbildungskapazitäten ausbaut.

Wir wollen Kreativität und kindliche Neugier fördern!

Die Kindheit ist eine wertvolle Entwicklungsphase. Viele Entwicklungsfortschritte werden im Kleinkindalter spielerisch erfahren, z.B. das Erlernen und der Gebrauch von Sprache. Kinder sind neugierig und wissbegierig. So möchten Kinder immer neues entdecken und verstehen.

Wir wollen, dass

- **Kinder ihre Kreativität und Neugier entfalten können.**
- **alle Kinder - egal welcher Herkunft, Nationalität oder gesellschaftlichem Stand - gleiche Startbedingungen in der Schule haben.**
- **der Bildungsauftrag im Rahmen der Kinderbetreuung verstärkt wahrgenommen wird.**

Deshalb fordern wir folgende Maßnahmen für den Ausbau und die Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung in Hessen:

1. Betreuung flächendeckend gewährleisten

Wir treten ein für den bedarfsgerechten Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten, welche sich an den Bedürfnissen der Eltern und Kinder orientieren müssen.

Wir wissen alle, dass eine Regelbetreuung zwischen 08.00 Uhr und 12.00 Uhr längst nicht mehr ausreicht. Unser Arbeitsalltag hat sich verändert. Das hat Auswirkungen auf die Betreuungszeiten in den Kindertageseinrichtungen. Wir wollen sicherstellen, dass berufstätige Eltern Planungssicherheit haben und für ihre Kinder gute Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Wir wissen um die Probleme, denen sich die Kommunen gerade auf dem Land ausgesetzt sehen. Der demografische Wandel beschert uns sinkende Geburtenraten in den kommenden Jahren. Dennoch müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, das bestehende Betreuungsangebot zu erhalten und flexibel an die Bedürfnisse anzupassen. Hier sehen wir auch das Land Hessen in der Pflicht, den Kommunen zu helfen.

Innerhalb der ersten 100 Tage nach der Regierungsübernahme in Hessen werden wir daher:

- **die Betreuungsangebote flexibilisieren. Kinderbetreuung muss sowohl am frühen Vormittag als auch am Abend möglich sein.**

- **Betreuungsangebote ergänzen. Vor Ort können Tagesmütter und Tagesväter bei der Betreuung unterstützend tätig werden.**
- **Kinderbetreuung auch in schwierigen gesellschaftlichen Zeiten gewährleisten.**
- **die Kommunen bei den anstehenden Aufgaben durch das Land Hessen unterstützen.**

2. Kostenlose Kinderbetreuung

Wir wollen kostenlose Kinderbetreuung in unseren Städten und Gemeinden in ganz Hessen. Dies sehen wir als unsere gesellschaftliche Verantwortung und Pflicht an.

Wir sprechen heute nicht mehr bloß von Betreuung in den KiTas. Nein, KiTas haben eine verantwortungsvolle Aufgabe, Kinder auf die Herausforderungen von Schule und Gesellschaft vorzubereiten. Dieses Angebot muss jedem Kind zur Verfügung stehen. KiTas sind auch Ort sozialen Lernens und eine wichtige Hilfe, Kinder in ihrer sozial-emotionalen Entwicklung zu begleiten und zu fördern.

Orientierung und Teilnahme an Gruppenphasen sind ein wichtiger Baustein kindlichen Aufwachsens. Kindern lernen aufeinander Rücksicht zu nehmen und sich in ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten wertzuschätzen. Gemeinsames Spielen, Basteln oder Kochen ist die beste Form der Sprachförderung. Kinder lernen, sich im Alltag zurechtzufinden und wachsen so ganz selbstverständlich in unsere Gesellschaft hinein.

Nach der Regierungsübernahme in Hessen werden wir schrittweise folgende Punkte realisieren:

- **Zu Beginn der Regierungsphase wird sichergestellt, dass das dritte-KiTa-Jahr für alle Kinder kostenfrei ist.**
- **Innerhalb der Legislaturperiode soll die kostenfreie Kinderbetreuung weiter ausgebaut werden.**
- **Die Kommunen leisten eine vorbildliche Arbeit bei der Kinderbetreuung, daher werden sie selbstverständlich auch bei der Gewährleistung der kostenlosen Kinderbetreuung durch das Bundesland Hessen finanziell unterstützt.**

3. Frühkindliche Bildung dauerhaft weiterentwickeln

Wir wissen, dass zu einer guten frühkindlichen Bildung mehr gehört, als KiTa-Plätze bereitzustellen und sie zu finanzieren. Daher sehen wir es als unsere Aufgabe an, solange wir

in Regierungsverantwortung sind, das Themenfeld und unsere Ansätze kontinuierlich zu erweitern, zu hinterfragen und inhaltlich zu aktualisieren. Dies schließt selbstverständlich die Weiterentwicklung und Stärkung des Berufstandes der Erzieherin und des Erziehers ein.

Dabei werden insbesondere folgende Ziele unser Handeln bestimmen:

- **eine flächendeckende Betreuung von Kindern zwischen 0 - 6 Jahren.**
- **die Förderung der kommunalen Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen.**
- **die neuen Arbeitsbedingungen von Eltern werden bei dem Ausbau der Betreuungsangebote miteinbezogen.**
- **Chancengleichheit aller Kinder im Vorschulalter und die gleichen Startbedingungen für alle Kinder beim Schulstart.**
- **eine umfassende Unterstützung von Familien und ihren Kindern durch individuelle und schnelle Hilfe.**
- **eine kontinuierliche Sprachförderung aller Kinder.**
- **eine bessere und der gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werdende Bezahlung der pädagogischen Betreuer.**
- **die Entwicklung eines Förderkonzeptes, um Anreize zu schaffen, den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers zu ergreifen.**
- **eine an der Wirklichkeit und Praxis orientierte Ausbildung.**

Wir wollen zukunftsfähige Hochschulen in Hessen!

Deshalb fordern wir folgende Maßnahmen für ein zukunftsfähiges Hochschulwesen in Hessen:

1. Wir werden die hessischen Hochschulen mit den finanziellen Mitteln ausstatten, die sie benötigen, um gute und zukunftsfähige Lehre und Forschung leisten zu können.

Die hessischen Hochschulen sind chronisch unterfinanziert. Der doppelte Abiturjahrgang sowie der Wegfall der Wehrpflicht verschärfen das ohnehin bestehende Problem der unzureichenden Mittelausstattung. Dabei steht und fällt eine gute und zukunftsfähige Hochschullandschaft mit ihrer Finanzierung. Statt den Hochschulen die dringend benötigten finanziellen Mittel zukommen zu lassen, hat Schwarz-Gelb mit dem Hochschulpakt 2011-2015 den hessischen Hochschulen glatte 30 Mio. € weggekürzt. Den Hochschulpakt dann auch noch als „Solidarbeitrag in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“ zu bezeichnen, ist purer Hohn und zeigt, dass Schwarz-Gelb fest am Projekt „düstere Zukunft“ festhält. Wer an Forschung und Lehre spart, spart nicht nur die Ausbildung junger Menschen kaputt, sondern behindert den Wissensfortschritt unserer Gesellschaft in nicht hinnehmbarer Weise.

Wir wollen einen Hochschulpakt, der die Zukunftsfähigkeit der hessischen Hochschulen sicherstellt und fordern daher ihre Ausstattung mit denjenigen finanziellen Mitteln, die sie benötigen um

- **die vereinbarten Zielvorgaben umzusetzen. Die Höhe der bereitgestellten finanziellen Mittel muss sich an den Zielvorgaben orientieren, nicht wie derzeit die Umsetzung der Zielvereinbarungen von deren Finanzierbarkeit abhängig gemacht werden.**
- **die Aufnahmekapazitäten der Hochschulen langfristig auszubauen und damit die derzeit noch bestehenden Zulassungsbeschränkungen überflüssig zu machen. Es kann nicht sein, dass Schulabgänger an der Wahl eines Studienganges gehindert werden, nur weil die Haushaltslage der Hochschulen lediglich eine begrenzte Zahl an Studienanfängern zulässt.**
- **Professuren und Lehrveranstaltungen auszubauen, um einerseits die ausreichende Betreuung der Studierenden und andererseits die Ausgewogenheit von Forschung und Lehre sicherstellen zu können.**
- **die qualitativ hochwertige Betreuung von Promotions- und Habilitationsvorhaben sicherzustellen. Die positive Berücksichtigung von Promotionen und Habilitationen**

im Erfolgsbudget der Hochschulen sichert nicht per se die angemessene wissenschaftliche Betreuung der Vorhaben.

- **unabhängig von Drittmitteln forschen zu können. Derzeit wirken sich Drittmittel auf die Höhe des Erfolgsbudgets einer Hochschule aus. Wir sehen Forschung als Bestandteil der Wissenschaftsfreiheit. Es liegt in der Verantwortung des Staates, diese zu fördern. Die Höhe dieser Förderung darf nicht von Drittmitteln und Wettbewerb abhängen.**

2. Wir werden den Ausbau von Masterstudienplätzen vorantreiben und in der ersten Legislaturperiode nach der Regierungsübernahme in Hessen den Rechtsanspruch auf Masterstudienplätze gesetzlich verankern.

Der Ausbau von Masterstudienplätzen hinkt derzeit in nicht hinnehmbarer Weise demjenigen der Bachelorstudienplätze hinterher und wird dem Bedarf nicht gerecht. Es kann nicht sein, dass Studierende mit dem Verweis auf Kapazitätsprobleme an der Aufnahme eines Masterstudiums gehindert werden. Die benötigten Plätze sind daher auszubauen. Damit der „Master für alle“ kein bloßes Lippenbekenntnis bleibt, setzen wir uns für den gesetzlich verankerten Rechtsanspruch aller Studierenderen mit Bachelorabschluss auf einen Masterstudienplatz ein.

3. Wir werden die finanzielle Förderung privater Hochschulen mit Steuergeldern einstellen.

Gute Bildung ist für alle da. Es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit Errichtung und Ausbau selbsternannter „Elite-Unis“ subventioniert, deren Besuch „dank“ der oft exorbitanten Studiengebühren ohnehin nur Kindern reicher Eltern offensteht. Wir lehnen diese Art der Elitenförderung ab und investieren stattdessen in der Breite in die qualitativ hochwertige Ausbildung junger Menschen.

4. Wir werden das LOEWE-Programm hin zu einer Landesoffensive zur Entwicklung wissenschaftlicher Großprojekte ausweiten, unabhängig von der ökonomischen Verwertbarkeit der Forschungsprojekte.

Technologie- und Innovationsförderung sind wichtig für den Wirtschaftsstandort Hessen. Wissenschaft und Forschung sind jedoch nicht nur bei ökonomischer Verwertbarkeit förderungswürdig. Die Wissenschaftsfreiheit ist ein Wert an sich, der nicht nur dann finanziell gefördert werden darf, wenn er zu einem aus Sicht von Wirtschaft und Politik ökonomisch verwertbaren Output führt.

5. Wir werden den Hochschulzugang für Absolventen der beruflichen Bildung erleichtern.

Die Entscheidung für eine Ausbildung und gegen Abitur und Studium ist nach wie vor häufig von finanziellen Erwägungen abhängig. Wir wollen nicht nur mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien zum Abitur führen, sondern auch mehr Menschen ohne Abitur den Weg an die Hochschulen erleichtern. Auch wer sich zunächst gegen das Abitur und für eine Berufsausbildung entscheidet, sollte die Möglichkeit haben, zum Hochschulstudium zugelassen zu werden, ohne im Anschluss an die Berufsausbildung zwei Jahre lang sein Abitur nachholen zu müssen. Der Erwerb der dafür notwendigen, normalerweise in der Oberstufe vermittelten Kompetenzen im Bereich des wissenschaftlichen Arbeitens sowie der Allgemeinbildung muss parallel zur Berufsausbildung möglich sein. Die bereits bestehenden Möglichkeiten sind entsprechend auszubauen.

6. Wir werden die Demokratisierung der Hochschulen vorantreiben.

Unter Schwarz-Gelb wurden die demokratischen Mitwirkungsrechte enorm eingeschränkt. Dies widerspricht unserem Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft. In allen öffentlichen Einrichtungen fördern wir das demokratische Handeln und Denken, so auch an den Hochschulen in Hessen.

Daher werden wir

- **die Mitbestimmungsrechte der Hochschulräte abschaffen.**
- **den Senat wieder zum höchsten beschlussfassenden Gremium der Hochschule mit echter Entscheidungsbefugnis machen. Der Fachbereichsrat wird höchstes beschlussfassendes Gremium des Fachbereichs.**
- **die teilweise uneingeschränkte Macht der Präsidenten und Dekane zugunsten der demokratisch legitimierten Gremien einschränken.**
- **den AStA als Exekutivorgan der Studierendenschaft wieder im Hessischen Hochschulgesetz verankern.**

7. Wir werden die soziale und finanzielle Situation der Studierenden verbessern.

Wir haben die Studiengebühren in Hessen abgeschafft. Für uns steht fest: Gute Bildung von der KiTa bis zur Uni muss kostenfrei sein. Doch auch in einem gebührenfreien Studium werden einigen Studierenden nach wie vor unnötig Steine in den Weg gelegt.

Wie werden helfen, diese aus dem Weg zu räumen, indem wir

- **das Teilzeitstudium vollständig wieder einführen.**
- **uns für einen Tarifvertrag für alle studentischen Hilfskräfte auf Landesebene einsetzen.**
- **die Studentenwerke stärken, um den teilweise prekären Bedingungen von Studierenden Abhilfe zu schaffen. Insbesondere die Kinderbetreuung an den Hochschulen ist auszubauen.**

8. Wir werden die Zivilklausel im Hessischen Hochschulgesetz verankern.

Eine friedliche und solidarische Gesellschaft ist die Vorstellung, der sich die Sozialdemokratie verpflichtet. Die Hochschulen sind ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft. Sie bilden eines ihrer intellektuellen Zentren und sind der Ort für Forschung und Lehre. Daher wollen wir auch eine friedliche und solidarische Hochschule. Das bedeutet konsequenterweise auch, dass die Hochschulen im Bereich Lehre und Forschung nur zivil arbeiten. Wir werden daher die Zivilklausel im hessischen Hochschulgesetz verankern und so militärische Lehre und Forschung an Hochschulen unterbinden.